

# Amtliches Kreis-Blatt

## für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.  
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg.,  
Reklamezeile 90 Pfg.

Ausgabestellen:  
In Diez: Rosenstraße 36.  
In Bad Ems: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,  
Diez und Bad Ems.  
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange.

Nr. 162

Diez, Dienstag den 29. Juli 1919

59. Jahrgang

### Polizeiverordnung

betreffend

die Einrichtung und den Gebrauch solcher landwirtschaftlicher Maschinen, die nicht im Fahren arbeiten.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 13 der Verordnung vom 20. September 1867 (Gesetz-Sammlung S. 1529) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) wird hierdurch unter Aufhebung der diesseitigen Polizei-Verordnung vom 14. Januar 1890 (Reg.-Amtsblatt S. 30, 31) für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden mit Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Landwirtschaftliche Maschinen, welche den nachstehend zu a bis e ausgesprochenen Vorschriften nicht entsprechen, dürfen nicht in Betrieb gesetzt werden.

- a) An jeder Maschine sind alle von dem Gestell nicht eingeschlossenen bewegten Teile, welche infolge ihrer Lage den Bedienungsmannschaften oder den in der Nähe verkehrenden Personen beim Betrieb gefährlich werden können, während des Betriebes derart zu überdecken oder abzusperren, daß eine Berührung derselben mit den Gliedmaßen oder Kleidern der an der Maschine beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen ausgeschlossen ist. Ausgenommen sind diejenigen bewegten Teile, welche zum Zweck der Aufnahme des Arbeitsmaterials oder der Abführung des Arbeitsproduktes frei bleiben müssen.
- b) Jede Maschine muß mit leicht zu handhabenden Vorrichtungen versehen sein, welche gestatten, die Einwirkung des Motors unverzüglich aufzuheben.
- c) Göpel, welche so eingerichtet sind, daß der Treiber der Zugtiere auf oder über dem Getriebe Platz nehmen kann, sind zu diesem Zweck mit einer widerstandsfähigen Bühne zu versehen, welche das Getriebe soweit überdeckt, daß die Möglichkeit der Berührung des Treibers durch das Getriebe auch im Falle eines Sturzes beim Auf- und Absteigen ausgeschlossen ist.
- d) Bei allen Dreschmaschinen, welche von auf der Dreschmaschine stehenden Personen bedient werden, und welche nicht mit Selbsteinlege-Vorrichtungen versehen oder mit anderweitigen, von dem unterzeichneten Regierungs-Präsidenten als genügend anerkannten Schutzvorrichtungen an der Einfütterungsöffnung über der Dreschtrummel, sind an ihrem Rande mindestens 50 Zenti-

meter hoch an jeder Seite mit geschlossenen Wänden einzufriedigen.

Befindet sich der Standort des Einlegers 50 Zentimeter unter dem Rande der Einfütterungsöffnung, so ist Einfriedigung an dieser Seite (der EinlegeSeite) nicht erforderlich. In diesem Falle ist auch zulässig, die Einfriedigung durch eine niedrigere, die drei anderen Seiten umschließende feste Haube oder Kappe zu ersetzen, welche die Trommel überdeckt und den Rand der Einfütterungsöffnung an der EinlegeSeite noch um mindestens 10 Zentimeter überragt.

Alle von oben bedienten Dreschmaschinen sind mit Einrichtungen zu versehen, welche ein gefahrloses Auf- und Absteigen sichern.

- e) Alle Häcksel-, Streustroh-, Grünfütter-Schneidemaschinen müssen derart eingerichtet sein, daß der Arbeiter bei etwaiger Nachhilfe der Zuführung von dem Schneidewerkzeug, beziehungsweise von den Einziehwalzen nicht berührt werden kann.

Das die Schneidewerkzeuge tragende Schwungrad ist in seiner oberen Hälfte zu überdecken oder abzusperren.

§ 2. Jede in einer Höhe bis zu zwei Meter über dem Fußboden befindliche Vorrichtung (Wellen, Riemen, Seile usw.), welche zur Übertragung der Bewegung von der Kraftmaschine auf die Arbeitsmaschine dient, ist während des Betriebes der bezüglichen Maschine derart zu überdecken oder abzusperren, daß Personen, welche in der Nähe dieser Maschinen zu verkehren haben, mit dieser Vorrichtung nicht in Berührung kommen können.

§ 3. Der Betrieb jeder landwirtschaftlichen Maschine, bei der mehr als zwei Arbeiter beschäftigt werden, ist der Leitung eines Aufsehers zu unterstellen. Als solcher kann auch einer der bei der Maschine beschäftigten Arbeiter bestellt werden. Als Arbeiter, welche zufolge der ihnen übertragenen Verrichtungen die Maschinen direkt zu bedienen haben, insbesondere als Aufseher, Maschinenführer und Heizer, sind nur zuverlässige und erfahrene Personen zu verwenden.

§ 4. Bei Herstellung der Verbindung zwischen Kraftmaschine und Arbeitsmaschine (Auflegen der Riemen, Kupeln der Wellen usw.), sowie bei solchen Arbeiten an den Maschinen (Schmieren, Anziehen von Schrauben oder Keilen usw.), welche die zeitweise Entfernung der Schutzvorrichtungen bedingen, und bei Störungen oder Stockungen der Bewegung sind die betreffenden Maschinen stillzustellen.

Bei Gabelwerken sind in diesen Fällen die Zugtiere abzu-  
hängen.

§ 5. Wird die Einwirkung des Motors (Kraftmaschine)  
aufgehoben, so ist gleichzeitig dessen Führer zu benachrich-  
tigen. Der Motor ist in Stillstand zu setzen, wenn er in  
einem Gabel- oder Treibwerk besteht.

§ 6. Geschlossene Räume, in welchen Maschinen zum  
Betriebe aufgestellt werden, müssen so groß sein, daß die  
Bedienung der Maschine ordnungsmäßig erfolgen kann.

§ 7. Bevor die Maschine in Tätigkeit gesetzt (angelassen)  
wird, müssen die Arbeiter durch Kommando oder Signal  
aufmerksam gemacht werden.

§ 8. Der Betrieb von Maschinen darf nur erfolgen,  
wenn die Arbeitsstelle hinreichend erhellt ist.

§ 9. Während des Betriebes einer Dreschmaschine ist  
Auf- und Absteigen an der Seite, an welcher die Einfütte-  
rungsöffnung nicht eingefriedigt ist (vergl. Punkt 1 d. 2.  
Absatz) verboten.

Nach Einstellung des Betriebes ist die nicht an allen  
Seiten über dem Rande eingefriedigte Einfütterungsöff-  
nung zu überdecken.

§ 10. Ein deutlich lesbarer Abdruck oder eine deut-  
liche Abschrift dieser Polizeiverordnung ist an der Ma-  
schine oder an einer allen beteiligten Arbeitern zugäng-  
lichen Stelle des Arbeitsplatzes auszuhängen oder in an-  
derer geeigneter Weise anzubringen.

§ 11. Den staatlichen Aufsichtsorganen ist die Kontrolle  
über die Befolgung der vorstehend gegebenen Bestimmungen  
jederzeit zu gestatten.

§ 12. Uebertretungen der Vorschriften dieser Polizei-  
verordnungen werden, sofern nicht sonstige, weitergehende  
Strafbestimmungen Platz greifen, mit Geldstrafe bis zu  
60 Mark geahndet.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher die Schutz-  
vorrichtungen an landwirtschaftlichen, im Betriebe befind-  
lichen Maschinen entfernt, unbrauchbar macht oder zerstört.

Außerdem bleibt die Polizeibehörde befugt, die Her-  
stellung vorschriftsmäßiger Zustände anzuordnen.

§ 13. Sind beim Betrieb der Maschinen polizeiliche  
Vorschriften von solchen Personen übertreten worden, welche  
zur Leitung des Betriebes oder eines Teiles desselben, oder  
zur Beaufsichtigung bestellt worden sind, so trifft die Strafe  
diese Personen. Neben diesen ist derjenige, in dessen Nutzen  
und Auftrag die Maschine betrieben wird, strafbar, wenn  
die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen worden,  
oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen  
eigenen Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichts-  
personen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

§ 14. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. August  
1896 in Kraft. Auf die vor dem 1. August 1896 bereits in  
Betrieb befindlichen Maschinen findet die Bestimmung des  
§ 1 zu b (Ausrück-Vorrichtung) erst mit dem 1. Juli 1897  
Anwendung.

Wiesbaden, den 22. Mai 1896.

Der Regierungs-Präsident.

J. A.:

gez. von Kaufmann

1. 4519

Diez, den 15. Juli 1919.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Ich ersuche, die Durchführung der Polizeiverordnung zu  
überwachen.

Der Landrat.

J. B.:

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.  
Chatras, Major.

## Vachtamtlicher Teil.

### Wilson gegen ein japanisches Schantung.

mz Am st e r d a m, 26. Juli. Wie das Pressebüro Radio  
aus Washington meldet, ist vom Weißen Hause folgende Er-  
klärung veröffentlicht worden: Der Präsident hat seine Er-  
mächtigung zu der Mitteilung gegeben, daß die in verschie-  
denen Blättern verbreitete Meldung, daß er der Urheber der  
Bestimmungen bezüglich Schantungs im Friedensvertrag  
sei, vollständig falsch sei. Er habe seinen ganzen Einfluß,  
den er unter den bestehenden Verhältnissen auszuüben in  
der Lage war, in die Wagschale geworfen, um die Abände-  
rung dieser Bestimmung zu erreichen. Er glaube, daß die  
endgültige Aktion Japans in Bezug auf Schantung die  
ganze Angelegenheit in ein anderes Licht setzen werde.

### Vermischte Nachrichten.

\* Die höflichste Stadt Europas. In Daily  
Chronicle (21. Juli 1919) wird unter der Überschrift „Die  
höflichste Stadt Europas“ dargelegt, wie die Engländer Köln  
und die Kölner Bevölkerung anerkennend einschätzen. Die  
Beziehungen zwischen Engländern und Deutschen seien durch-  
aus korrekt, beiderseits herrsche zwar eine würdige Zurück-  
haltung, aber gerade deswegen sei der Verkehrston so höflich  
wie in keiner anderen Stadt Europas.

\* Erwischte Schieber. Der Essener Kriminal-  
polizei gelang es, eine Lebensmittelschieber-Gesellschaft zu  
ermitteln, sie festzunehmen und die Ware im Werte von  
600 000 Mark zu beschlagnahmen. Ein seit einigen Wochen  
in Essen wohnender junger Berliner Kaufmann Giesecke  
machte Angebote in Lebensmitteln in größeren Mengen.  
Unter einer fingierten Adresse verstand es ein Kriminal-  
beamter, sich als Einkäufer einer größeren Firma mit G.  
bekannt zu machen. G. bot dem Beamten Lebensmittel der  
verschiedensten Art in größeren Mengen an. Drei Waggons  
mit reinem Schweineschmalz, die sich in Gladbeck befinden  
sollten, konnten sofort gegen Zahlung geliefert werden. Da  
der Beamte, durch sein angeblich bei sich geführtes Geld  
den G. an sich zu ziehen wußte, führte G. ihn nach Glad-  
beck. Dort befand sich die Ware aber nicht, es gesellte sich  
vielmehr ein Kaufmann Schmidt aus Gladbeck zu ihnen.  
Auch diesen verlockte das Geld und beide im Rathe des  
Glücks führten ihn nach Duer, wo sie ihn mit einem dor-  
tigen Kaufmann Schniering bekannt machten, der für das  
Kilogramm Schmalz 21 Mark verlangte. Der Beamte, der  
auch auf dieses Angebot einging und das Geschäft ab-  
schließen wollte, verlangte aber die Waren zu besichtigen.  
Was ihm auch schließlich zugestanden wurde. Nachdem dies  
geschehen, wies sich der Beamte aus und beschlagnahmte  
die Ware. Die drei Schieber wurden nach Essen gebracht.

### Bekanntmachung.

In das Genossenschaftsregister des unterzeichneten Ge-  
richts ist heute unter Nr. 10 bei dem Allendorfer Spar- und  
Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbe-  
schränkter Haftpflicht in Allendorf (Unterlahn) eingetragen  
worden:

Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalver-  
sammlung vom 13. Juli 1919 aufgelöst.

Liquidatoren sind: 1. Fuhrmann Gustav Gabel,  
2. Bergmann Johann Jakob Gabel III. in Allendorf.

Nahenclnbogen, den 17. Juli 1919.

[901

Das Amtsgericht.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.  
Chatras, Major.